



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Ullmann

Telefon: (0221) 29256

Fax: (0221)

E-Mail: ramona.ullmann@stadt-koeln.de

Datum: 11.10.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.09.2019, 15:00 Uhr bis 17:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Herr Nebil Bayrakcioglu	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD- Fraktion
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen

Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Mehmet Cambaz	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost, das neue Programm der Volkshochschule Köln sowie die DVDs zur Mitteilung unter Top 5.9 ausgelegt wurden.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Hedwig Drießen, die der Rat, auf Vorschlag der Seniorenvertretung der Stadt Köln, in seiner Sitzung am 09.07.2019 in den Schulausschuss berufen hat.

Die Verwaltung schlägt vor die Mitteilung unter TOP 1.3.2, den Dringlichkeitsantrag unter TOP 2.2, die Beantwortung der Anfrage unter TOP 3.1.3 sowie die Mitteilungen unter TOP 5.18 und 5.19 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen
 - 1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2201/2019
 - 1.3.2 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2975/2019

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Erfolgreiches Schulkonzept nicht gefährden – Holweide-Erlass erhalten
AN/1108/2019
- 2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern!
AN/1142/2019

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Beantwortung von Fragen zum Monitoringbericht allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs 2018 (session 3779/2018)
2176/2019
 - 3.1.2 Personalsituation bei der technischen Objektbetreuung für Schulen
AN/0942/2019

Personalsituation bei der technischen Objektbetreuung für Schulen
Anfrage der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke. aus der Sitzung am
24.06.2019, AN/0942/2019
2300/2019
 - 3.1.3 Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen
AN/0893/2019

Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung vom 24.06.2019; TOP 3.2.1
2445/2019

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 KGS Zehnthofstraße AN/1055/2019

Sachstandsmitteilung KGS Zehnthofstraße - zu AN/1055/2019, Anfrage der
FDP-Fraktion vom 23.07.2019 zur Sitzung des Ausschusses Schule und Wei-
terbildung am 09.09.2019
2595/2019

3.2.2 Rückzug aller Kölner Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion AN/1064/2019

3.2.3 Veränderungen Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) ./ 7. Klasse (2018/19) AN/1126/2019

4 **Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Mittelfreigabebeschluss zur Beschaffung der Einrichtung für den Neubau der Grundschule Anna-Langohr-Schule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln- Volkhoven/Weiler 1070/2019

4.2 Aufnahme einer neuen Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grund- schulen 2017/2019

4.3 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für bar- rierefreie und generationengerechte Wohnquartiere 1851/2019

4.4 Auslagerung der Klassen an der Grundschule Hauptstraße 432 in 51143 Köln - Baubeschluss 2447/2019

5 **Mitteilungen**

5.1 Jahresbericht 2018 über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Wei- terbildung 2065/2019

- 5.2 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/2020
2220/2019
- 5.3 25. Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln
2600/2019
- 5.4 Kommunaler Inklusionsplan für Kölner Schulen 3.0 (2019)
2500/2019
- 5.5 Neues VHS-Programm für das 2. Semester im Jubiläumsjahr 2019
2025/2019
- 5.6 Volkshochschule Köln: Der talentCAMPus 2019 zum Thema Kinderrechte!
2793/2019
- 5.7 Projekt „Übergänge gestalten“ - Begleitung und Beratung von geflüchteten Familien zur Orientierung im Stadtgebiet
2754/2019
- 5.8 ColognePride 2019 – Die Volkshochschule war dabei
2796/2019
- 5.9 Präsentation zweier DVDs zu Projekten der Umweltbildung/Biodiversität
2222/2019
- 5.10 Bau einer Grundschule auf dem Gelände des ehemaligen Nippeser Hallenbades - zu AN/0671/2019
1682/2019
- 5.11 Fortsetzung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit China hier: Bildungsdelegation Köln-Peking/Shanghai 25.05.-31.05.2019
2945/2019
- 5.12 Stärkung kulturelle Bildung
2415/2019
- 5.13 Nutzung des Bolzplatzes an der Hauptschule Tiefentalstraße
2849/2019
- 5.14 DigitalPakt Schule-Umsetzung in Köln
3001/2019
- 5.15 Konzeptionelle Überlegungen zur Ausbauplanung der Schulsozialarbeit an Kölner Schulen unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Lagen der Schulen
3014/2019

- 5.16 Ausbauplanung der Schulsozialarbeit
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Kessing, Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, aus der Sitzung des ASW vom 24.06.2019
3019/2019
- 5.17 Bilanz der Kommission zur Stärkung der Bezirke
3067/2019
- 5.18 Sanierung des Lehrschwimmbeckens in der GGS Hohe Straße - zu
AN/1056/2019, Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.07.2019 zur Sitzung des
Sportausschusses am 12.09.2019 und des Betriebsausschusses der Gebäu-
dewirtschaft der Stadt Köln am 16.09.2019
2599/2019
- 5.19 Rheinische Musikschule, Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom
14.02.2019
3036/2019
- 6 Anfragen**
- 7 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2201/2019

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

1.3.2 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2975/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt, ob Umzug der Helios-Schule in die Overbeckstraße wie geplant nach den Herbstferien erfolgt.

Herr Voigtsberger bejaht dies.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Erfolgreiches Schulkonzept nicht gefährden – Holweide-Erlass erhalten AN/1108/2019

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fasst den dem Antrag zugrundeliegenden Sachverhalt zusammen und fordert dazu auf, Sondererlasse, wie den sog. Holweide-Erlass, weiterzuführen.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, unterstützt den Antrag. Dieser könne ein sehr wichtiges Signal der Stadt Köln sein, bei der Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen, Spielräume für besondere pädagogische Konzepte zuzulassen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bekräftigt die Aussagen der Vorredner. Seine Fraktion plädiere für pädagogische Freiheit und werde den Antrag daher unterstützen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, berichtet von einem Treffen mit der Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Gebauer. Es gebe viele Argumente für eine Rücknahme des Erlasses. Diese seien nicht nur rechtlicher, sondern auch pädagogischer Natur. Eine Zersplitterung der pädagogischen Konzepte an Schulen könne beispielsweise einen Schulwechsel erschweren. Frau Ruffen plädiert dafür, das

Thema nicht weiter im Schulausschuss zu behandeln, da es sich um Landespolitik handelt.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt, dass sich ihre Fraktion weder für noch gegen den Antrag positionieren möchte. Die Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, berichtet, dass die Kölner Stadtschulpflegschaft dem Schulausschuss die einstimmige Empfehlung ausspricht, Binnendifferenzierung allgemein an Schulen und den beiden betroffenen Schulen zuzulassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung des Rates der Stadt Köln appelliert an das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Sondererlasse wie den sog. Holweide-Erlass, der die Gesamtschulen Holweide und Höhenhaus betrifft, nicht auszusetzen, sondern wie bisher weiterzuführen, und bei einer Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen Spielräume für besondere pädagogische Konzeptionen der Schulen weiterhin zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke, bei Ablehnung der FDP-Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion **zugestimmt**.

2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! AN/1142/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, merkt an, dass Stadt- und Schulentwicklung gemeinsam gedacht werden müssen. Er fordert dazu auf, der Dringlichkeit des Antrags zuzustimmen, diesen aber zunächst in die Bezirksvertretung Porz zu verweisen. Anschließend könne der Antrag im Schulausschuss behandelt werden.

Herr Voigtsberger teilt mit, dass Dezernat IV und Dezernat VI bereits im Austausch darüber stünden, wie die zusätzlich benötigten Grundschulplätze bereitgestellt werden können.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, sieht nicht nur die Bezirksvertretung Porz sowie den Schulausschuss in der Verantwortung. Sie fordert, dass sich auch der Stadtentwicklungsausschuss mit dem Thema befasst. Sobald Wohnraum geplant werde, müsse die notwendige Infrastruktur mitgedacht werden.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, spricht sich für den Verweis in die Bezirksvertretung Porz aus.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, im Planungsbereich Porz-Elsdorf, Urbach oder Eil Lösungen für eine frühzeitige und bedarfsgerechte Sicherung von Grundschulplätzen zu finden, damit zeitgleich mit der Bezugsfertigkeit der Wohnungsbauvorhaben südlich der Friedensstraße und an der Fuchskale die benötigte Schulinfrastruktur zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in die Bezirksvertretung Porz verwiesen mit erneuter Wiedervorlage.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung von Fragen zum Monitoringbericht allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs 2018 (session 3779/2018) 2176/2019

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, sieht ein großes Problem darin, dass 483 Schülerinnen und Schüler ihrer gesetzlichen Schulpflicht nicht nachkommen. Er fordert die Verwaltung dazu auf, sich dieses Themas verstärkt anzunehmen.

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, weist auf die 733 an Gesamtschulen abgelehnten Schülerinnen und Schüler hin. Er könne der im letzten Schulausschuss getroffenen Feststellung einer positiven Entwicklung der Ablehnungszahlen nicht zustimmen. Die Ablehnungszahlen seien weiterhin alarmierend. Herr Pannes fordert dazu auf, die Umsetzung der Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018 zu überdenken und regt an, den Bau von Gesamtschulen vorzuziehen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt die Verwaltung, ob Herrn Pannes' Ausführungen zutreffen.

Frau Heuer führt aus, dass die schnellste Bauzeit für Gesamtschulen 5 Jahre betrage. Insofern sei es zutreffend, dass neue Gesamtschulplätze erst innerhalb dieses Zeitraums geschaffen werden können. In der Zwischenzeit müsse mit Interimslösungen gearbeitet werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob es an der Tages- und Abendschule Köln Mülheim ausreichend Schulplätze gebe bzw. ob dort eine Warteliste bestehe.

Die Verwaltung wird die Antwort nachreichen.

Herr Kockerbeck, Fraktion die Linke, findet es besorgniserregend, dass keine konkreten Daten darüber vorliegen, wie viele Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben, sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen befinden.

Herr Kockerbeck fragt, ob es für die Gesamtschule Schmiedegasse in Nippes, die Gesamtschule Ossendorf und die Gesamtschule Zündorf, die laut der Priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste 2018 in einem Zeitraum von 5 Jahren fertiggestellt werden sollen, Planungen gebe, in zwei bis drei Jahren mit einem Interim zu beginnen.

Frau Heuer berichtet, dass es in einem Fall Bestrebungen gebe, ein Interim zu errichten. Das Dezernat VI befasse sich derzeit mit den Planungen.

Frau Heuer erläutert, dass die Daten über unversorgte Schülerinnen und Schüler der Bezirksregierung vorliegen. Aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen würden diese dem Schulträger nicht mitgeteilt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Personalsituation bei der technischen Objektbetreuung für Schulen AN/0942/2019

Personalsituation bei der technischen Objektbetreuung für Schulen Anfrage der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke. aus der Sitzung am 24.06.2019, AN/0942/2019 2300/2019

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage. Er hofft, dass die Schulen durch die ab 2020 geplante „Teambetreuung“ eine höhere Verlässlichkeit und Kontinuität im Bereich der Reparaturen und Kleinstbestellungen erfahren.

Herr Gräbener ergänzt, dass neben den geschilderten Maßnahmen, ein sogenanntes „Amtswiki“ im Amt für Schulentwicklung eingeführt worden sei. Dieses biete neuen Mitarbeitenden die Möglichkeit systematisch auf Informationen zu bestimmten Vorgangsarten zuzugreifen und somit den Service für die Schulen zu beschleunigen und zu verbessern.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganzttag an Kölner Schulen AN/0893/2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

seit längerem gibt es eine Debatte zur Qualität im Offenen Ganzttag an Grundschulen. Dabei ist es relativ unstrittig, dass viele negative Faktoren, die die Qualität beeinträchtigen, wie hohe Fluktuation, dünne Personaldecke und unzureichende Qualifizierung unmittelbar mit den Arbeitsbedingungen zusammenhängen.

Deshalb bittet die Fraktion DIE LINKE um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Welche Treffen mit welchen Ergebnissen haben im Rahmen der "Qualitätsoffensive Ganzttag" in Köln stattgefunden; welche Faktoren, die für die mangelnde Qualität in der OGS eine Rolle spielen, wurden dabei besprochen und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität wurden erwogen?
2. An welchen Grundschulen in Köln arbeiten seit dem Schuljahr 2013/14 welche Träger in der OGS und wie hat sich seitdem das Verhältnis der Zahl der verschiedenen Träger im Verhältnis zur jeweiligen Zahl der Offenen Ganzttagsgrundschulen entwickelt?

Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung der Träger in Spalte 1 mit den sie beauftragenden Schulen und der Anzahl der Gruppen je Schule.

3. Wie häufig fanden in diesen Jahren Trägerwechsel statt und, falls es bei der Stadtverwaltung Informationen darüber gibt, aus welchem Grund gab es diese?

4. Wie viele Mitarbeiter*innen in der Position a) einer Gruppenleitung und b) einer Ergänzungskraft haben die in den Kooperationsverträgen geforderte Qualifikation (Gruppenleitung: Erzieher*in, Sozialpädagoge*in, Pädagoge*in; Ergänzungskraft: Kinderpfleger*in, Sozialassistent*in) und wie viele haben weder diese Qualifikation noch eine solche, wie sie in der Kurzausbildung "Schultag I-III" (Siehe www.schultag.info) erworben werden kann?
5. Der Prüfbericht des RPA von 2014 „Kooperationsverträge in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) bei 40 - Amt für Schulentwicklung“ (DS 3246/2014) empfiehlt, künftig kein Formular zur Abrechnung der Personalkosten des OGS-Trägers zu verwenden, das nur pauschal nach der Summe der Personalkosten fragt und aufsummierte anonymisierte Angaben über Beschäftigte und Honorarkräfte abfragt. Denn dabei, so das RPA bestünde „das Risiko, dass personelle Defizite zum Nachteil einer OGS-Gruppe verborgen bleiben“. Es wird vielmehr empfohlen: „Zur erforderlichen Finanz- und Qualitätskontrolle sollte eine Überarbeitung der Vordrucke für die OGS-Träger erfolgen, so dass konkrete statt anonymisierter Angaben zum Betreuungspersonal (Name, Funktion, betreute Gruppe bzw. AG, Arbeitszeit, Personalkosten) vorliegen.“

Hat das Amt 40 die Empfehlungen des RPA inzwischen umgesetzt und wenn nein, wieso nicht?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer

DIE LINKE

**Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztag an Kölner Schulen
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung vom 24.06.2019; TOP 3.2.1
2445/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen mit erneuter Wiedervorlage.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 KGS Zehnthofstraße AN/1055/2019

**Sachstandsmitteilung KGS Zehnthofstraße - zu AN/1055/2019, Anfrage
der FDP-Fraktion vom 23.07.2019 zur Sitzung des Ausschusses Schule
und Weiterbildung am 09.09.2019
2595/2019**

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, beklagt den mangelnden Informationsfluss gegenüber den

Eltern, der Schule und dem Ausschuss. Die Beantwortung der Anfrage sei erst erfolgt, nachdem eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde. Die Betroffenen hätten daher aus der Zeitung erfahren, wie es an der KGS Zehnthofstraße weitergehe. Frau Ruffen führt aus, dass Dauer und Bedingungen der Interimslösung nicht tragbar seien. Sie könne die Verzweiflung und den Ärger der Eltern darüber sehr gut verstehen. Sie bittet ausdrücklich darum, dass das Interim nicht in der geplanten Form fortgeführt wird.

Zum zeitlichen Ablauf erläutert Herr Gräbener, dass das Problem in den Ferien festgestellt worden sei. Daraufhin habe er den Schulleiter in einem persönlichen Gespräch informiert. Dieser habe die Eltern informiert. In Abstimmung mit der Schulleitung wurde für den 11.09.2019 ein Elternabend terminiert. Zwischenzeitlich hätten die Verwaltung vermehrt Presseanfragen erreicht, die beantwortet wurden. Daher erkläre sich, dass die Pressemitteilung vor dem Elternabend erfolgt sei.

Zum derzeitigen Interim seien verschiedene Alternativen geprüft worden. Aufgrund neuer gesetzlicher Sicherheitsbestimmungen, sei die Beschaffung von Schulpavillions im Moment schwierig. Es könne nicht auf den alten Bestand an Anbietern zurückgegriffen werden, da deren Produkte die neuen gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllen. Auch ausgesonderte Schulpavillions genügen den Sicherheitsanforderungen nicht und können daher nicht eingesetzt werden.

Herr Dr. Schlieben möchte wissen, ob dies bedeute, dass kein anderes Szenario, als das momentan geschilderte, denkbar sei.

Herr Gräbener bejaht dies. Es sei aktuell nicht möglich Schulpavillions zu erhalten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt, ob zukünftig weiterhin nach Alternativen gesucht werde.

Frau Heuer berichtet, dass die Verwaltung mit Hochdruck weitere Alternativen prüfe und dabei auch bereit sei, auf unkonventionelle Maßnahmen, wie beispielsweise die Anmietung eines leerstehenden Autohauses, zurückzugreifen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, warum Schulpavillions nicht generell auf Vorrat bestellt werden. Es sei absehbar, dass diese zukünftig weiterhin in verschiedenen Bereichen benötigt werden.

Frau erläutert, dass nur wenige Firmen Pavillions anbieten, die den neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Es sei daher schwierig, zeitnah Schulpavillions zu erhalten. Die Verwaltung entwickle derzeit neue Ausschreibungen für entsprechende Rahmenverträge, um zukünftig wieder schneller Schulraum schaffen zu können. Zusätzlich prüfe die Verwaltung alternative Modullösungen.

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, möchte wissen, warum die schlechte Bausubstanz nicht bereits bei der vor kurzem stattgefundenen Sanierungsmaßnahme an der KGS Zehnthofstraße entdeckt worden sei.

Frau teilt mit, dass ein anderer Gebäudeteil saniert worden sei als der aktuell betroffene.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, fragt, ob angesichts des vom Rat der Stadt Köln ausgerufenen Klimanotstands auch Holzbauweisen in Erwägung gezogen werden.

Frau berichtet, dass auch verschiedene Holzbauweisen geprüft werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte wissen, ob regelmäßige Schadstoffprüfungen in den Schulen stattfinden. Er wirbt dafür, die Gebäudewirtschaft derart aufzustellen, dass auf Altlasten zügig reagiert werden kann.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2.2 Rückzug aller Kölner Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion AN/1064/2019

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.2.3 Veränderungen Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) ./ 7. Klasse (2018/19) AN/1126/2019

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Mittelfreigabebeschluss zur Beschaffung der Einrichtung für den Neubau der Grundschule Anna-Langohr-Schule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler 1070/2019

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, freut sich über den Beschluss und hofft, dass der Eröffnungstermin am 07.12.2019 eingehalten werden kann.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2019 eine Mittelfreigabe in Höhe von 599.000 € (419.300 € konsumtiver Anteil sowie 179.700 € investiver Anteil) für die Einrichtung des Neubaus der Grundschule Anna-Langohr-Schule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln. Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungsgegenstände in Höhe von voraussichtlich 419.300 € erfolgt im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus zu veranschlagten Mitteln. Die investiven Mittel in Höhe von 179.700 € stehen im Teilfinanzierungsplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen bei Finanzzelle 4010-0301-6-2720 im Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.2 Aufnahme einer neuen Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen 2017/2019

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat beschließt in Anlehnung an seine Beschlüsse vom 14.11.2006, 10.09.2009, 15.12.2015 und 20.12.2016, den Titel „Kölner Europäische Grundschule“ an die KGS

Am Portzenacker zu verleihen und sie in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere 1851/2019

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat nimmt den Abschlussbericht des Projektes „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und den Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, den Kriterienkatalog bei zukünftigen Quartiersentwicklungskonzepten, städtebaulichen Wettbewerben und vergleichbaren Planungen einzubeziehen.

Die beteiligten Planungsbüros sind zu Beginn des Planungsprozesses in geeigneter Art und Weise über diese Anforderungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.4 Auslagerung der Klassen an der Grundschule Hauptstraße 432 in 51143 Köln - Baubeschluss 2447/2019

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, Stahlmodulbauten in der Hauptstraße 432, 51143 Köln gemäß der abgestimmten Entwurfsplanung auf dem Schulhof mit Gesamtkosten in Höhe von 8.020.507 Euro brutto errichten zu lassen und unverzüglich ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten. Die Baumaßnahme wird im Vorgriff der Auslagerung der Klassen während des Neubaus oder einer Sanierung des Schulgebäudes bereits jetzt begonnen, da ein Mehrbedarf besteht. Der Modulbau wird anstelle der jetzigen 3-Zügigkeit als 4-zügige Schule errichtet.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 802.051 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Mitteilungen

5.1 Jahresbericht 2018 über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung 2065/2019

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt an, dass zum Thema „Attraktive Spiel- und Bewegungsangebote auf Schulhöfen“ nur eine Schule genannt wird, die diese anbietet. Er möchte wissen, ob das Konzept auch an anderen Schulen umgesetzt wird.

Die Verwaltung wird eine Antwort nachreichen.

Hinsichtlich der zusätzlichen Mittel für Inklusion und der erhöhten Pro-Kopf-Pauschale fragt Herr Dr. Gutzeit, ob der Verwaltung Daten zum Lehrer*innen-Schüler*innen-Verhältnis vorliegen.

Frau Zeißig teilt mit, dass es 67 Grundschulen mit Gemeinsamem Lernen in Köln gebe. Das Lehrer*innen-Schüler*innen-Verhältnis dort sei zufriedenstellend. Im Bereich der weiterführenden Schulen sei die Bezirksregierung für die Stellenbewirtschaftung zuständig.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, reicht zahlreiche Detailfragen zum Jahresbericht ein. Die Verwaltung wird diese beantworten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/2020 2220/2019

Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass die Differenz zwischen Anmeldungen und Aufnahmen für Gesamtschulen und Gymnasien in Anlage 1 unterschiedlich berechnet wurden. Dies führe dazu, dass ein Ergebnis mit einem negativen Vorzeichen im Fall der Gesamtschulen einen Fehlbetrag und im Fall der Gymnasien eine Überzahl an Schulplätzen ausweise.

Frau Heuer bedankt sich für den Hinweis. Sie wird diesen entsprechend berücksichtigen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entnimmt Anlage 1, dass im Stadtbezirk Rodenkirchen ein ausreichendes Angebot an Gesamtschulplätzen besteht. Die Entscheidung seiner Fraktion gegen den Bau einer Gesamtschule und für den Bau eines Gymnasiums in Rondorf sieht er dadurch bestätigt.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, widerspricht dieser Einschätzung und erinnert daran, dass die Gesamtschule Rodenkirchen mittlerweile achtzügig betrieben werde und eine Hochstufung weiterer Gesamtschulen geplant sei. Der Kölner Süden sei das beste Beispiel dafür, dass Wohnraum- und Schulbau gemeinsam geplant werden müssen. In Anbetracht der Bauzeit von fünf Jahren müsse schon jetzt überlegt werden, wie für die entstehenden Neubaugebiete in Rondorf, Meschenich und Immendorf eine

ausreichende Schulinfrastruktur bereitgestellt werden könne.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, merkt an, dass es in den vergangenen zehn Jahren einen konstanten Mangel an Gesamtschulplätzen in Köln gegeben habe. Diesem Umstand werde die Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018 nicht gerecht. Neben dem städtischen Ausbauprogramm für Gymnasien fordert er ein städtisches Ausbauprogramm für Gesamtschulen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, stellt fest, dass im Stadtbezirk Chorweiler ca. 100 Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule abgelehnt wurden. Gleichzeitig gebe es im Stadtbezirk Chorweiler freie Real- und Hauptschulplätze. Sie fragt, ob ein Teil der abgewiesenen Gesamtschüler*innen die Real- oder Hauptschule besuchen könnten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bemerkt, dass das Problem fehlender Gesamtschulplätze nicht nur durch Bauen, sondern auch durch pädagogische Konzepte sowie die Mitnutzung anderer Schulformen gelöst werden müsse.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass es an der Realschule Danzigerstraße (Johann-Bendel-Realschule) mehr Anmeldungen als Ablehnungen gegeben habe. Die ausgewiesene Differenz von 0 sei falsch. Die Liste entspreche nicht dem ihm bekannten Elternwillen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt an, dass sich der Wandel in der wahrgenommenen Wertigkeit der Schulabschlüsse auf den Schulbau auswirke.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, erläutert, dass durch das Umwandeln von Real- und Hauptschulplätzen in Gesamtschulplätze keine zusätzlichen Schulplätze geschaffen würden. Die fehlenden Schulplätze können nur durch Schulbau geschaffen werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, merkt an, dass die Real- und Hauptschulen nicht über so viele freie Schulplätze verfügen, wie zum Teil angenommen werde. Zusätzliche Schulplätze würden an nahezu jeder Schulform benötigt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 25. Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln 2600/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, mahnt, dass auch bei einer steigenden Anzahl Geflüchteter in den Wintermonaten, eine Unterbringung in Turnhallen ausgeschlossen werden müsse, um den Schulsport zu gewährleisten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Kommunalen Inklusionsplan für Kölner Schulen 3.0 (2019) 2500/2019

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, lobt den Inklusionsplan.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schließt sich dem Lob an. Er fragt, in welchen Schulen und Klassen die Formel „23-3-1,5“ nicht eingehalten werde. Weiterhin möchte er wissen, an welchen Gymnasien baulich dafür gesorgt wurde, dass zieldifferent unterrichtet werden kann. Herr Thelen kritisiert, dass dem Bericht der engere Inklusionsbegriff zugrunde liegt. Er wünscht sich, dass der weitere

Inklusionsbegriff Anwendung findet.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, weist daraufhin, dass die Formel „25-3-1,5“ eine innere Schulangelegenheit und damit Aufgabe des Landes sei. Der vorgelegte Inklusionsplan zeige, dass Inklusion in Köln ernst genommen werde.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass alle Schulneubauten barrierefrei errichtet werden.

Herr Gräbener stimmt Frau Ruffen zu. Er verweist auf den Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte, der beim Neubau von Schulen Standard sei. Dieser würde Flächen für Inklusion und Differenzierung mit ausweisen.

Mit Verweis auf eine Formulierung auf Seite 30 des Inklusionsplans fragt Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, ob es Schulen gibt, die Inklusion betreiben, aber noch auf die Schaffung der baulichen Voraussetzungen warten. Die städtische Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Inklusion zu verstärken, hält Herr Kockerbeck für sehr wichtig. Diese solle sich nicht auf Schulen beschränken, sondern alle Bereiche des öffentlichen Lebens berücksichtigen. Herr Kockerbeck appelliert, die finanzielle Unterstützung von Vereinen, die die Inklusion fördern, wie zum Beispiel mittendrin e.V., fortzusetzen.

Herr Voigtsberger führt zur Formel „25-3-1,5“ aus, dass eine freiwillige Absenkung der Klassenfrequenzen durch den Schulträger auf unter 27 rechtlich nicht zulässig sei.

Herr Gräbener bestätigt, dass nicht alle Schulgebäude, in denen inklusiver Unterricht stattfindet, über die erforderlichen baulichen Voraussetzungen verfügen. Dies liege zum Teil an denkmal- und brandschutzrechtlichen Bestimmungen. Einige Bestandsbauten könnten nur durch Erweiterungsbauten mit den entsprechenden Räumen ausgestattet werden.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, dankt für den Bericht. Dieser liefere einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Inklusion.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass seine Erfahrungen in der Praxis deutlich von den positiven Ausführungen des Berichts abweichen. Eltern würde dadurch ein falscher Eindruck vermittelt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, den auf den Seiten 14 und 15 dargestellten Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation des Kindes und dem benötigten Förderbedarf ausführlich im Jugendhilfeausschuss zu erörtern.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, berichtet, dass die Formel „25-3-1,5“ in der Praxis nicht eingehalten werde. Aus Sicht der Stadtschulpflegschaft sei die tatsächliche Formel mit „30-3-0,75“ zu beziffern.

Herr Pfeuffer erläutert, dass eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 27 erreicht werde. Insbesondere im Bereich des Gemeinsamen Lernens bemühe sich die Verwaltung, den Klassenfrequenzwert niedrig zu halten.

Die Ausführungen von Frau Kessing zeigten, dass sowohl der enge als auch der weite Inklusionsbegriff berücksichtigt werden müssten. Die Verwaltung plane ein Modellprojekt an 2-3 Kölner Grundschulen an denen die Themen Inklusion und Kinderarmut besonders ausgeprägt seien.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Neues VHS-Programm für das 2. Semester im Jubiläumsjahr 2019 2025/2019

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob sich das Kursangebot durch die Zuwanderung sowie den gesellschaftlichen Wandel verändert hat.

Herr Schöller berichtet, dass die Nachfrage nach berufsbezogenen Deutschkursen gestiegen sei. Ebenso sei eine Zunahme bei den Angeboten für Langzeitarbeitslose zu verzeichnen. Durch die tagesaktuellen Themen Klima und Nachhaltigkeit seien die Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung ausgeweitet worden. Kurse zur gesundheitlichen und kulturellen Bildung erfreuten sich unverändert großer Beliebtheit.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Volkshochschule Köln: Der talentCAMPus 2019 zum Thema Kinderrechte!
2793/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Projekt „Übergänge gestalten“ - Begleitung und Beratung von geflüchteten Familien zur Orientierung im Stadtgebiet
2754/2019**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt, ob es sich um ein einmaliges Projekt handele oder ob eine Fortführung geplant sei.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, unterstreicht die dringende Notwendigkeit des Projektes. Der Bedarf könne von privaten Hilfsorganisationen nicht abgedeckt werden. Sie appelliert das Projekt fortzusetzen.

Frau Heuer bittet die Politik dabei um Mithilfe in Form eines politischen Veränderungsnachweises.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 ColognePride 2019 – Die Volkshochschule war dabei
2796/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Präsentation zweier DVDs zu Projekten der Umweltbildung/Biodiversität
2222/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 Bau einer Grundschule auf dem Gelände des ehemaligen Nippeser Hallenbades - zu AN/0671/2019
1682/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.11 Fortsetzung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit China
hier: Bildungsdelegation Köln-Peking/Shanghai 25.05.-31.05.2019
2945/2019**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob an Kölner Schulen Chinesisch unterrichtet wird.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, berichtet, dass am Leonardo-da-Vinci-Gymnasium und an der Europaschule Köln Chinesisch gelernt werden kann.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.12 Stärkung kulturelle Bildung
2415/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.13 Nutzung des Bolzplatzes an der Hauptschule Tiefentalstraße
2849/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass die Verwaltung eine öffentliche Nutzung des Bolzplatzes an der Tiefentalstraße ausgeschlossen habe. Er fordert dazu auf, weiterhin die öffentliche Nutzung von Schulhöfen zu prüfen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.14 DigitalPakt Schule-Umsetzung in Köln
3001/2019**

Herr Voigtsberger erläutert, dass am 04.09.2019 die Förderrichtlinie sowie die Förderbudgets zum DigitalPakt Schule bekanntgegeben worden seien. Die Stadt Köln könne im Förderzeitraum 2019 - 2024 auf ein Förderbudget von rund 47 Millionen Euro zugreifen. Diese Summe werde durch einen 10 prozentigen Eigenanteil der Kommune ergänzt. Die bereitgestellten Mittel sollen, nach einem entsprechenden Ratsbeschluss, für den weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Kölner Schulen eingesetzt werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob für die Verteilung der Fördermittel ein ähnliches Verfahren wie bei „Gute Schule 2020“ eingesetzt werden soll.

Frau Heuer verneint dies. Die Verwaltung werde ein Konzept vorlegen, welche Schulen wie gefördert werden. Im Herbst werde die Verwaltung einen Antrag zur Einrichtung eines Medienzentrums vorlegen. Dieses soll, gemeinsam mit dem Land, die Umsetzung des DigitalPaktes Schule planen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.15 Konzeptionelle Überlegungen zur Ausbauplanung der Schulsozialarbeit
an Kölner Schulen unter Berücksichtigung der besonderen sozialen La-
gen der Schulen
3014/2019**

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, lobt die kommunale Schulsozialarbeit und dankt für den fraktionsübergreifenden Konsens. Danach soll der Grundsatz Ungleiches ungleich zu behandeln auch bei der Bereitstellung der Schulsozialarbeiter*innenstellen berücksichtigt werden. Man sei sich einig, dass zuerst dort geholfen werden soll, wo die Hilfe am nötigsten sei. Das Land müsse nun nachziehen und die Fortführung der länderfinanzierten Schulsozialarbeiter*innenstellen sicherstellen.

Frau Zeißig wünscht sich, dass die vier Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung auch mit Schulsozialarbeit ausgestattet werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, den Sozialindex als Leitbild für die Versorgung mit Schulsozialarbeiter*innenstellen heranzuziehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.16 Ausbauplanung der Schulsozialarbeit
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Kessing, Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, aus der Sitzung des ASW vom 24.06.2019
3019/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.17 Bilanz der Kommission zur Stärkung der Bezirke
3067/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.18 Sanierung des Lehrschwimmbeckens in der GGS Hohe Straße - zu
AN/1056/2019, Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.07.2019 zur Sitzung des
Sportausschusses am 12.09.2019 und des Betriebsausschusses der Ge-
bäudewirtschaft der Stadt Köln am 16.09.2019
2599/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.19 Rheinische Musikschule, Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses
vom 14.02.2019
3036/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dankt für die schnelle Umsetzung. Es sei erfreulich, dass bereits 17 zusätzliche Planstellen besetzt werden konnten. Er kündigt an, in einem Jahr eine Anfrage zur Evaluation des Musikschulangebots in Kalk und Chorweiler zu stellen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich, wie viel Prozent der 17 Planstellen für Basisunterricht (Musikangebote in Kitas, Projekten und Bläserklassen) eingesetzt werden. Sie möchte wissen, ob das auf Seite 2 genannte Konzept der Musikalisierung dem Schulausschuss vorgestellt werden könnte und ob es sich dabei um eine neues Konzept oder das bereits bekannte JeKits handelt.

Herr Fischer erläutert, dass es sich um ein neues Konzept handelt. Hinter dem

Konzept der Musikalisierung stehe keine konkrete Methode, sondern der Gedanke jedem Kind in jedem Alter und jeder Entwicklungsstufe den Zugang zu musikalischen Angeboten aller Anbieter zu eröffnen. Über die Musik solle den Kindern der Anschluss an die Stadtgesellschaft eröffnet werden.

Die Prozentzahlen werden nachgeliefert.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob es möglich sei, die korrekten Schulanmeldezahlen zu erhalten.

Frau Heuer kann den Fehler nicht nachvollziehen, da es sich um die aktuellen SchILD-Zahlen handelt. Sie nehme Herrn Wirths Nachfrage zur erneuten Überprüfung mit.

6.2 Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, berichtet von einem Schreiben der Bezirksregierung an die Schulleitungen. Demzufolge könnten die Schulleitungen ab dem 01.10.2019 persönlich für Urheberrechtsverletzungen auf den Schulhomepages verantwortlich gemacht werden. In dem Schreiben heißt es, dass sich die Schulleitungen bei der Überprüfung der Schulhomepages bei Bedarf durch den Schulträger technisch unterstützen lassen könnten.

Frau Heuer erläutert, dass die Urheberrechtsverpflichtung der Schulleitungen bereits seit vielen Jahren bestünde und gerichtlich bestätigt worden sei. In Haftungsfragen seien die Schulleitungen letztlich durch das Land abgesichert. Problematisch seien Anwaltskanzleien, die sich auf das Abmahnen von Urheberrechtsverletzungen auf Schulhomepages spezialisiert hätten und diese systematisch auf Verstöße überprüfen würden. Der Schulträger habe Möglichkeiten der technischen Unterstützung geprüft, könne wegen des Konnexitätsprinzips aber kein Budget dafür zur Verfügung stellen.

6.3 Herr Bayrakcioglu, Integrationsrat, fragt, wo Schulen Unterstützung zum Thema Gewaltprävention und Antidiskriminierung erhalten können.

Frau Heuer weist daraufhin, dass eine entsprechende Anfrage an die Jugendhilfe oder den Schulpsychologischen Dienst gestellt werden könne. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Angebote auf Länderebene. In der Regel seien den Schulleitungen diese Möglichkeiten bekannt.

Frau Zeißig ergänzt, dass das Land den Kreisen und kreisfreien Städten zukünftig jeweils eine Stelle zur Stärkung der Präventionsarbeit von Schulen bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen werde.

Herr Bayrakcioglu möchte wissen, welche kultursensiblen Speiseangebote in den städtischen Bildungseinrichtungen gemacht werden und ob es möglich sei, eine Auflistung hierüber bereitzustellen.

Frau Heuer erläutert, dass die Gestaltung der Speisepläne den Schulen obliege. Es gebe keine Anweisung der Verwaltung, bestimmte religiöse Speisevorschriften einzuhalten. Eine entsprechende Liste bestehe nicht. Frau Heuer wird prüfen, ob eine solche erstellt werden kann.

6.4 Frau Gerlach, parteilos, fragt, ob die Verwaltung auf die Vorteile veganer Ernährung für Schülerinnen und Schüler bzw. Kita-Kinder hinweisen könne. Eine differenzierte vegane Ernährung könne vielen Zivilisationskrankheiten vorbeugen. Sie sei jedoch kompliziert und müsse daher erklärt werden.

Frau Heuer erläutert, dass die Verwaltung zur Neutralität gegenüber Ernährungsformen verpflichtet sei. Über verschiedene Ernährungsformen zu informieren, sei Aufgabe des Gesundheitsamtes. Der Ernährungsrat der Stadt Köln befasse sich zudem intensiv mit den Auswirkungen veganer Ernährung.

Frau Gerlach versteht die Neutralitätspflicht der Verwaltung. Die Stadt Köln habe jedoch den Klimanotstand ausgerufen. Angesichts der klimaschädlichen Auswirkungen tierischer Lebensmittel könne Frau Gerlach eine Berufung auf die Neutralität nur so interpretieren, dass die Verwaltung den Klimanotstand nicht ernst nehme.

Herr Voigtsberger weist darauf hin, dass Frau Heuer den Standpunkt der Verwaltung deutlich gemacht habe. Das Thema könne in verschiedenen Gremien politisch diskutiert werden. Es sei nicht die Aufgabe der Verwaltung, für bestimmte Ernährungsformen Stellung zu beziehen. Den Vorwurf, den Klimanotstand nicht ernst zu nehmen, weist Herr Voigtsberger entschieden zurück.

7 Verschiedenes

Köln, den
gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Ullmann

Schriftführerin